

**Aus Geschichte lernen? Herausforderungen an unseren Rechtsstaat
und die Notwendigkeit historischer Selbstvergewisserung**

**Vortrag von BGH-Präsidentin Bettina Limperg anlässlich des
Neujahrsempfangs des Lernort Zivilcourage & Widerstand e. V.
Mittwoch, 16. Januar 2019, Generallandesarchiv Karlsruhe**

Sehr geehrter Herr Bürk,
sehr geehrter Herr Prof. Zimmermann,
sehr geehrte Frau Dr. Hoffend,
Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup,
sehr geehrte Beirats- und Mitglieder des Vereins Zivilcourage & Widerstand,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir zwei persönliche Vorbemerkungen:

1. Als Studentin habe ich viele Stunden hier im Generallandesarchiv zugebracht im Rahmen einer Seminararbeit zu personellen Veränderungen in der Staatsrechtslehre 1933 und in den Folgejahren. Was mich damals als junge Studentin wirklich geprägt hat, war die gefasste Normalität der absurd rechtswidrigen, aber doch in schönstes Beamtendeutsch und Rechtssätze gekleideten Unrechts. Hannah Arendt hat von der Banalität des Bösen gesprochen; damals hat mich die scheinbare Normalität des Bösen aus den Akten angesprungen und bis heute denke ich an die Gefühle, die dieses verfasste Unrecht in mir als angehende Juristin ausgelöst hat. Ich habe das nie vergessen und werde das auch nie vergessen.
2. Die andere Bemerkung bezieht sich darauf, dass ich erstmals mit Kislau als Ministerialdirektorin und Verantwortliche für den Justizvollzug zu tun hatte. Kislau ist auch heute noch ein eindrücklicher Ort und ein Ort, an dem viel Elend zu sehen ist. Es ist für mich deshalb eine Ehre gewesen, in den wissenschaftlichen Beirat des Lernorts aufgenommen worden zu sein und daran mitwirken zu dürfen.

Aus Geschichte lernen ist ein Anspruch, der immer wieder in Frage gestellt wird. Von Hegel stammt die Einschätzung, aus der Geschichte sei nur zu lernen, dass Völker und Staaten nichts aus ihr lernten. Und in der Tat – ein weiterer Allgemeinplatz – Geschichte wiederholt sich nicht. Unser Bundespräsident hat demgegenüber in dieser Woche darauf hingewiesen, dass wir niemals vergessen sollten, dass der Nationalismus ein ideologisches Gift ist und wir die Erinnerung wachhalten müssen, dass wir aus unserer durchaus blutigen Geschichte der letzten Jahrhunderte, insbesondere der des 20. Jahrhunderts, gelernt haben. Richtigerweise wird man davon ausgehen müssen, dass es keinen automatischen Wissenszuwachs durch die eigene Geschichte geben kann. Lernen setzt vielmehr die Bereitschaft voraus, sich mit den grundlegenden Fragen unserer und früherer Zeiten zu befassen. Erst diese Befassung, dass nachträglich zu verstehen suchen ermöglicht ein Lernen, ohne indes einen Lernerfolg zu garantieren. Von Kierkegaard stammt der schöne Satz: Verstehen kann man das Leben rückwärts, leben muss man es aber vorwärts. Genau das scheint mir auch für die Geschichte zu gelten. Auch das Verstehen der Vergangenheit entbindet nicht von der Unwägbarkeit des Gegenwärtigen; aber man wird mit der Zeit Muster erkennen, nach denen sich etwas entwickeln oder abzeichnen kann. Lernen und Wissen gehören notwendig zusammen. Lernen setzt Wissen voraus und Wissen geht selten ohne Lernen einher.

Und doch sind wir auch heute immer wieder machtlos, was das Erklären, ja erst recht das Beeinflussen der aktuellen Entwicklungen angeht: Das europa-, ja vielleicht sogar weltweite Erstarken der neuen Rechten, der Ruf vieler Zivilgesellschaften nach mehr Sicherheit (zuungunsten der Freiheit), die allgemeine Angst vor dem Fremden und die vom Bundespräsidenten mit recht besorgte zunehmende Verengung auf einen wieder nationalen Ansatz, sie machen uns große Sorgen. Auch die Debatte um den Umgang mit der AfD heute zeigt das Dilemma: Die einen ziehen den Vergleich mit der Weimarer Republik und wollen früher und entschiedener den Anfängen wehren; die anderen raten zu demokratischer Gelassenheit und verlassen sich auf ein mittlerweile gefestigtes Gefüge der Zivilgesellschaft. Und Dritte kreieren an verantwortlicher Stelle das Unwort des Jahres und stärken so das dumpfe Empfinden, dass der Rechtsstaat etwas irgendwie Lästiges und auch letztlich vielleicht Überflüssiges sein könnte. Lernen aus Geschichte, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist keine mathematische Gleichung: ein wenn – dann

Schema verbietet sich ebenso wie eine zuverlässige Wahrscheinlichkeitsrechnung. Wichtig ist und bleibt vor allem die Bereitschaft, sich auseinanderzusetzen, überhaupt zu versuchen, Zusammenhänge zwischen verschiedenen Faktoren unserer Existenz herzustellen und Wirkmechanismen aufzuzeigen, die früher oder auch heute folgenreich waren und sind.

Ebenso wie Lernen und Wissen notwendig einander bedingen und bedürfen, sind auch Rechtsstaat und Demokratie einander notwendige Begleiter. Der Rechtsstaat ist ohne die Demokratie ebenso wenig denkbar wie Demokratie ohne Rechtsstaat. Sicherlich wird es eine Vielzahl von Varianten geben, die verschiedene Aspekte beider Begriffe in unterschiedlicher Weise einander zuordnen; entfallen aber wesentliche Aspekte des einen oder anderen Bereichs, wird auch der jeweils andere Teil leiden.

Aktuelle Beispiele finden wir vielfach. Wer die Verkürzung etwas rechtsstaatlicher Voraussetzungen, wie die Unabhängigkeit der Gerichte propagiert, gibt zugleich ein wesentliches Element der Demokratie, nämlich das Prinzip geteilter Herrschaft auf Zeit auf. Denn die Unabhängigkeit der Dritten Gewalt dient nicht nur der unbeeinflussten Qualität der Rechtsprechung, sondern ist zugleich ein Element der Gewaltenteilung, die ihrerseits wesentlicher Baustein der modernen demokratischen Staatsform ist.

In einer Zeit, in der die Unterscheidungskraft zwischen Demokratie und Diktatur sowie das Wissen um den Wert rechtsstaatlicher Prinzipien zunehmend zu schwinden scheint, ist es deshalb umso wichtiger, am historischen Beispiel der eigenen Geschichte aufzuzeigen, wie ein demokratisches Staatswesen auf Störungen und Angriffe reagieren oder aktiv damit umgehen kann. Geschichte wiederholt sich nicht, und auch sehe ich keinen Anlass, Weimarer Verhältnisse zu befürchten. Aber wir sehen eine deutliche Ausweitung des Parteienspektrums mit einer klaren Verschiebung nach rechts außen bei gleichzeitiger Infragestellung der erreichten und nicht in Frage zu stellenden Grundwerten unseres Staatswesens. Nicht ohne Grund werden gerade auch von der neuen Rechten die demokratischen und die rechtsstaatlichen Strukturen angegriffen. Beides greift tief in die Grundlagen dieser Republik und soll das Vertrauen der Wählenden in die grundsätzliche Richtigkeit des Systems erschüttern. Wir sehen, dass diese Strategie durchaus aufgeht. Im Osten der Republik, der höhere Zustimmungswerte zur Neuen Rechten aufweist, sinkt das Vertrauen in den Staat, d.h. in den demokratischen Rechtsstaat signifikant. Aus dem

Bereich der Justiz sprechen die jährlichen Umfragen des sogenannten Roland Rechtsreports eine klare Sprache.

Der ROLAND Rechtsreport verzeichnet zwar auch 2018 eine im Allgemeinen hohe Zustimmung der Bevölkerung. 64% der Bürgerinnen und Bürger haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in das Rechtssystem (zum Vergleich: zur Polizei haben 74% ein solches Vertrauen, zu mittleren und kleineren Unternehmen 78%, zur Verwaltung im Allgemeinen und zu Zeitungen 43%, die Bundesregierung hat bei Erhebung der Umfrage im Januar 2018 eine Zustimmungsquote mit viel oder ziemlich viel Vertrauen von 34% erreicht). Das sieht zunächst recht gut aus.

Aber es hat nur jeder Dritte großen Respekt vor Richtern, nur jeder Vierte, also nur 25 %!, glaubt, dass man sich bei der deutschen Justiz darauf verlassen kann, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Im Osten glauben das sogar nur 14%. Ebenfalls nur jeder Vierte, im Osten sogar nur jeder Fünfte glaubt, dass die Richter gründlich und gewissenhaft arbeiten. Die Gesamtschau belegt also, dass die Bevölkerung – im Westen mehr als im Osten – der Justiz zwar noch einen hohen, im Grunde aber nicht (mehr) belegten Vertrauensvorsprung oder -überschuss entgegenbringt. Genau das aber muss Sorge bereiten. Gerade nicht belegtes Vertrauen - in der Psychologie vielleicht mit Urvertrauen gleichzusetzen – ist etwas, das, ist es einmal verscherzt, kaum oder nur sehr schwer wieder herzustellen ist. Wir sehen das in vielen anderen Bereichen der öffentlichen Wahrnehmung, die einen solchen Ansehensverlust bereits hinter sich haben und die in Summe das Gefühl der Bürgerinnen und Bürger davon, dass etwas schief läuft in Deutschland, nährt, mit allen Folgen für einen Populismus.

In einer funktionierenden Demokratie muss nun allerdings fehlendes Vertrauen in eine Regierung kein Problem sein, Dafür ist Demokratie ja da, dass eine Regierung durch eine Andere ersetzt werden kann. Aber – im entscheidenden Unterschied dazu – nährt der Populismus die Vertrauenskrise in „das System“ oder – wie wir es ja auch in den USA beobachten, in das „Establishment“.

Es hilft also nichts: wir müssen uns mit den Fragen an die Demokratie und des Rechtsstaats befassen, wollen wir nicht in eine Kultur der unwissenden Gefühlshaltung abdriften, die ohne Fakten und Belegtes auskommt und keine Basis für eine Meinung braucht. Damit bin ich wieder beim Lernen: Das Befassen mit Demokratieggeschichte

einerseits und Diktaturgeschichte andererseits ist gerade in Deutschland und gerade jetzt notwendig. Das Projekt Lernort Kislau verfolgt, indem es eben nicht nur die NS-Diktatur der Jahre 1933 bis 1945, sondern gleichermaßen auch die gesamte Zeitspanne der Weimarer Republik in den Blick nimmt, gerade das Ziel, sich mit einer Gesellschaft im Wandel, mit einer verunsicherten, mit einer in die Krise geratenen Gesellschaft zu befassen.

Viele der Adressatinnen und Adressaten des Lernortes haben nur eine friedliche Republik erlebt. Krieg in Europa, in Deutschland gar ist lange Zeit unvorstellbar gewesen. Aber heute geht die Angst um. Nicht umsonst sind es die Flüchtlinge und der mit ihnen präsente Unfrieden in der Welt, die derzeit Krisen der Demokratie und des selbstverständlichen Miteinanders auslösen. Geschichtsaneignung muss deshalb – und das wird im Lernort Kislau so gesehen - Hand in Hand mit einer Diskussion über die grundlegenden Werte unserer Republik, mit dem Bestand des Grundgesetzes gehen. Die aktive Beschäftigung mit unserer demokratischen und auch der undemokratischen Vergangenheit Deutschlands führt zugleich zu einem Nachdenken über eigene Positionen im heutigen demokratischen Gemeinwesen und damit zusammenhängende Gegenwartsfragen.

Auf diesen anspruchsvollen, zugleich komplizierten Weg will sich der Lernort-Verein in Kislau machen. Durch ein Vermittlungskonzept, das auf biografisch akzentuierte Spurensuche und auf eigenständiges Erarbeiten der Themen setzt, schlägt das Projekt Lernort einen auch emotionalen Weg des Zugangs zu historischen Fakten vor. Die „große“ Nationalgeschichte soll auf das unmittelbare eigene Lebensumfeld der Menschen heruntergebrochen und damit als Schlüssel und als emotionaler Anker eingesetzt werden. Der authentische Ort und die regionale Betroffenheit setzen weitere, für die Akzeptanz wichtige Impulse.

Ich bin tief überzeugt, dass die Menschen in der aktiven Auseinandersetzung wachsen, und durch die partizipatorischen Ansätze der Vermittlung nachdenklicher aus dem Lernort herausgehen werden, als sie hineingegangen sind. Und damit sind für mich die wichtigsten Voraussetzungen geschaffen, um aus der Geschichte eben doch zu lernen – und auch darüber zu reden und in der Gegenwart ganz im Sinne Erich Kästners, den Sie in der Neujahrsbotschaft des Vereins zitiert haben, auch für Demokratie und den Rechtsstaat einzutreten!